Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 57 (1978)
Heft: 4

Artikel: Linksunion : was nun?
Autor: Scheuer, Georg
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-347531

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Georg Scheuer (Paris)

Linksunion — was nun?

Ursprünge, Chancen, Widersprüche

März 1978 war für Frankreichs Linksunion ein Wendepunkt. Die Saat wurde mit dem Rechtsputsch und der darauffolgenden Machtergreifung de Gaulles 1958 gelegt. Die ersten Gespräche zwischen den Linksparteien begannen in den sechziger Jahren. Der Umschwung erfolgte mit der Mairevolution 1968. Unter Mitterrands Vorsitz wurde die neue Sozialistische Partei 1971 gegründet. Nach langen Verhandlungen zwischen SPF, KPF und Linksliberalen wurde der Linkspakt 1972 unterzeichnet.

Die Union de la Gauche war eine schwere Geburt. Ob sie auch regierungsfähig wäre, werden die nächsten Wochen zeigen. Die Ergebnisse der Märzwahlen waren nur politische Barometer. Die eigentlichen Prüfungen stehen erst bevor. Eine analytische Rückblende erleichtert den Einblick in gegenwärtige und kommende Problematik.

Von der Spaltung...

Die historische Spaltung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ging seit dem denkwürdigen Parteitag in Tours (1920) in Frankreich weiter als in anderen Ländern. Illustriert wird dies durch die Tatsache, dass das von Jean Jaurès gegründete sozialdemokratische Zentralorgan «Humanité» – damals zu vergleichen mit dem Berliner «Vorwärts», der Wiener «Arbeiterzeitung» oder der Berner «Tagwacht» – in die Hände der Kommunisten überging und heute noch als ihr tägliches Zentralorgan erscheint. Die Kluft schien bis in die dreissiger Jahre unüberbrückbar.

Erst nach Hitlers Machtergreifung 1933 und der rechtsradikalen Drohung im Pariser Februar 1934 kam es 1935 zum Einheitsfrontpakt der Linken und 1936 nach gewonnenen Parlamentswahlen zur Bildung der Volksfrontregierung mit dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Leon Blum. Die KPF unterstützte das Experiment und die damit verbundenen Sozialreformen, stellte aber noch keine Minister. Erst im Zweiten Weltkrieg kam es unter de Gaulles Vorsitz zu einer erstmaligen kommunistischen Regierungsbeteiligung. Sie endete 1947 mit dem Beginn des Kalten Krieges.

... zur Wiederannäherung

Der Graben zwischen SPF und KPF war nun wieder aufgerissen und konnte auch mit dem Untergang der 4. Republik nicht zugeschüttet werden. Im Gegenteil, die KPF begünstigte aus aussenpolitischen Gründen die Errichtung der 5. Republik. Erst zu Beginn der sechziger Jahre kam es zwischen den beiden grossen französischen Linksparteien zu einer ersten Wiederannäherung.

Mehrere Faktoren hatten dazu beigetragen, insbesondere der wachsende Druck des autoritären gaullistischen Regimes und des von ihm eingeführten Wahlsystems, mit dem nicht nur kleinere, sondern auch mittelgrosse Parteien ausgeschaltet wurden, wenn sie sich nicht zu Wahlbündnissen entschlossen.

SPF und KPF verfügten schon in den sechziger Jahren durchschnittlich über je 20 bis 25 Prozent Stimmen. Bei gemeinsamem Vorgehen beispielsweise in Stichwahlen kamen jedoch weitere Linkswähler hinzu, die sich sonst zwischen Sozialisten und Kommunisten nicht entscheiden wollten und daher lieber der Stimme enthielten. Einheitsfrontabkommen sind in Frankreich also, wie man immer wieder feststellte, keine blosse Addition der bestehenden Kräfte, sondern gewissermassen auch Multiplikation. Das war einer der Beweggründe für Verhandlungen zwischen den französischen Linksparteien.

Vorboten

Die SPF hatte die Wahlkampagne 1962 noch im Bund mit den Mittelparteien begonnen, insbesondere mit Freisinnigen, Christdemokraten und Konservativen. Dieser Pakt wurde aber vom Wählervolk abgelehnt. De Gaulle gewann gegen die «alten Systemparteien». Die gaullistische Propaganda bemühte sich dabei immer wieder um Aufwertung der Kommunisten als «einzige ebenbürtige Gegner». Die Mittelparteien einschliesslich der SPF wurden als «Schutt der Vergangenheit» abgetan.

Im Widerstand gegen das gaullistische Regime stellte sich die Frage einer «Einheitsfront» der Linksparteien mit fast zwingender Logik. Der SPF-Vorsitzende Guy Mollet, vormals einer der entschiedensten «Antikommunisten», hatte den neuen Volksfrontkurs eingeleitet. Die grosse Mehrheit der SFIO betrachtete nunmehr den Gaullismus als Hauptfeind und die KPF als unvermeidlichen Verbündeten, wobei die weiterhin bestehenden ideologischen Differenzen jedoch keineswegs verwischt werden sollten.

1962 hatte Mollet noch verkündet: «Die KPF steht weder links noch rechts, sondern im totalitären Osten.» Im Mai 1963 erklärte der SFIO-Parteitag, die KPF sei «ein kranker, aber noch heilbarer Zweig vom gleichen Baum». Gerade Mollet war es, der nun betonte, die Spaltung könne und müsse überwunden werden, wenn die KPF auf die von ihr seit 1921 verfochtene Theorie und Praxis verzichte, insbesondere auf die Unterordnung unter die sowjetische Aussenpolitik. Hinzu kam das internationale «Tauwetter», die Annäherung zwischen Moskau und Washington.

1965 einigten sich die französischen Linksparteien erstmalig auf gemeinsames Vorgehen in der Staatspräsidentenwahl. Mitterrand, damals noch Chef einer relativ kleinen linksdemokratischen Gruppe ausserhalb der grossen Parteien, wurde zum gemeinsamen Kandidaten der ganzen Linken und erzielte gegen General de Gaulle einen Achtungserfolg. In

diesem Zeichen wurde die FGDS (Föderation der demokratischen und sozialistischen Linken) als Dachorganisation gegründet, in der SPF, Mitterrands «Convention», Teile der Radikal-Liberalen, verschiedene «Clubs» und «Arbeitsgemeinschaften» vereint waren.

Wende im Mai 1968

Schliesslich enthüllte Mai 1968 neue Kräfte, die man vorher nicht in Betracht gezogen hatte: die ausserparlamentarische revolutionäre Linke, die in Frankreich – zum Unterschied von anderen Ländern – auch einen Teil der Arbeiterschaft beeinflussen konnte.

Unter den besonderen Bedingungen des gaullistischen Regimes und der Mairevolution 1968 entstanden somit neue Perspektiven. Im Mai 1969 wurden in *Alfortville* die Grundlagen der neuen Sozialistischen Partei gelegt. Die SFIO (Section Française de l'Internationale Ouvrières = Französische Sektion der Arbeiterinternationale) und ihr von der SPD in den dreissiger Jahren übernommenes Symbol, die «Drei Pfeile» verschwanden. Statt dessen wurde die Parti Socialiste (PS) gegründet. Ihr neues Abzeichen: Faust und Rose. Die PS betrachtet sich zwar als Nachfolgepartei der SFIO und Mitglied der Sozialdemokratischen Internationale, doch handelt es sich um keine blosse Umbenennung, sondern um eine tatsächliche Neubildung. Politisch stand die PS von Anfang an etwas links von der früheren SFIO. Organisatorisch erfasste sie einen Grossteil der SFIO und darüber hinaus eine Reihe von bis dahin unabhängigen sozialistisch-demokratischen Verbänden.

Abseits blieb damals noch Mitterrands «Convention», die aus den «Widerstandsdemokraten» hervorgegangen war und politisch zwischen den Radikal-Liberalen und den Sozialisten stand, zugleich aber deutlich zu einer Verständigung mit der KPF strebte.

Linkstrend

Einige Monate später setzten die Sozialisten im Pariser Vorort *Issy* den «zweiten Akt» und verstärkten den Linkstrend. Die Gründung der neuen PS wurde bestätigt. Dieser zweite Kongress kam den Thesen Mitterrands sehr entgegen. Mollet und Defferre waren aus dem Führungsstab ausgeschieden. Während es in der SFIO einen «Generalsekretär» gegeben hatte – 22 Jahre hindurch hatte Mollet diesen Titel – wurde jetzt Alain Savary zum «Ersten Sekretär» gewählt. Dies war kennzeichnend für den neuen Kurs. Savary war in den fünfziger Jahren zweiter Vorsitzender der SFIO-Parlamentsfraktion und Staatssekretär für Nordafrika in der Regierung Mollet, die er 1956 verliess, zum Protest gegen die Entführung des algerischen FLN-Chefs Ben Bella durch den französischen Geheimdienst. Nach de Gaulles Machtergreifung hatte er die SFIO verlassen und mit dem früheren Innenminister Depreux die PSA (Autonome Sozialistische Partei) gegründet, die sich später zur linkssozialistischen PSU entwickelte.

In der Grundsatzerklärung von Issy hiess es nun, «Bündnisse» seien unumgänglich, nicht allein zur «Verteidigung der Republik und Demokratie», sondern auch in sozialistischer Richtung. Eine Machtbeteiligung der SPF sei «nur in dem Mass vorstellbar, als sie einen Fortschritt zum Sozialismus ermöglicht. Bündnisse mit politischen Kräften des Kapitalismus einschliesslich zentristischer Kombinationen sind damit ausgeschlossen». Die «normale Achse» der sozialistischen Strategie sei vielmehr «die Einheit der Linken». Ein Pakt mit den Linksliberalen wurde allerdings vorausgesetzt; auch wenn sich diese «nicht ausdrücklich zur sozialistischen Idee bekennen, jedoch faktisch bestimmte Auswirkungen des kapitalistischen Regimes ablehnen».

Das Hauptgewicht wurde jedoch auf die Einleitung einer «öffentlichen Debatte» mit der KPF gelegt. Thema: «Methoden des Kampfes gegen kapitalistische Kräfte, Wege zum Sozialismus, Grundlagen sozialistischer Gesellschaftsordnung». Von der KPF wurde mit Nachdruck «klare Antworten auf grundsätzliche Fragen» gefordert.

Neue Marksteine

Damit endet die Vorgeschichte der Linksunion. Die Mairevolution 1968 hatte die ganze französische Gesellschaftsordnung erschüttert und führte zu neuem politischen Bewusstsein auch in der Linken. Die SPF erlebte einen bedeutsamen Umschwung und Aufschwung, die KPF beschleunigte ihre Mauserung, auch die Gewerkschaften beschritten neue Wege.

Der sozialistische Vereinigungsparteitag in *Epinay* bestätigte und bekräftigte 1971 den neuen Kurs, nunmehr unter dem Vorsitz von Mitterrand. Nach langen Diskussionen und Verhandlungen mit der KPF und den Linksliberalen wurde 1972 das Gemeinsame Programm der Linksunion beschlossen.

Die Union de la Gauche war einerseits ein Kind des Mai 68, andererseits ein Bündnis der Linksparteien mit einem erstmalig gemeinsam ausgearbeiteten Legislaturprogramm nicht nur für wesentliche Wirtschafts- und Sozialreformen, sondern vor allem auch für radikaldemokratischen Forderungen zur Erneuerung der politischen Strukturen. Die neue Volksfront macht sich in den Kantonswahlen 1976 und Kommunalwahlen 1977 bezahlt. Sie erzielte in beiden Fällen mit 53 bis 56 Prozent die absolute Mehrheit, die SPF wurde zur relativ stärksten Partei des Landes. Die Parlamentswahlen 1978 haben nun aber diese historische Wende nicht bestätigt. Auf die tiefern Gründe dieses Misserfolges soll in einem folgenden Beitrag (Mai-Nummer) eingegangen werden.